

Dr. Brigitta Pallauf  
Präsidentin des Salzburger Landtages

Salzburg, Ende Dezember 2019

An die  
Landtagsdirektion

Betreff:

AdR; Bericht über meine Tätigkeit als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen an den Salzburger Landtag über das Jahr 2019

1. 8. Gipfel der Regionen und Städte in Bukarest am 14./15. März 2019
2. 23. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 2. April 2019
3. 25. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 30. September 2019
4. 136. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 7./8./9. Oktober 2019
5. 137. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 4./5. Dezember 2019

Unter Hinweis auf Art. 50c Abs. 2 und 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1999 idgF möchte ich im Folgenden über meine Arbeit als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen im Jahr 2019 berichten.

### **1.) 8. Gipfel der Regionen und Städte in Bukarest am 14./15. März 2019**

Am 8. Gipfel der Regionen und Städte nahmen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des AdR HLH Kaiser, HLH a.D. Schausberger, FLTPin Ledl-Rossmann, HLTP Wilfing, HNRAbg Weninger, ich sowie FLTPin Vollath (Stmk.) teil.

Im Mittelpunkt des Gipfels standen die Themen Brexit, Kohäsion sowie Subsidiarität und die Bukarester Erklärung.

#### **Kohäsion:**

Dem Panel zum Thema „Sozialer Zusammenhalt und Integration in den Regionen und Städten“ zufolge sei ersichtlich, dass Integration in städtischen und ländlichen Regionen völlig unterschiedlich aufgenommen werde und auch unterschiedlich erfolgreich sei. Die Diskussion im Panel „Regionen und Städte der EU für eine nachhaltige Zukunft“ lässt sich dahingehend zusammenfassen, als die Städte und Regionen ihren Einlassungen zufolge bereit seien, ihren Teil zu leisten, jedoch verstärkt Unterstützung von den mitgliedstaatlichen Regierungen und der EU

erwarten. Hinsichtlich der Diskussion zum Thema „Territorialer Zusammenhalt für Bürgerzusammenhalt“ herrschte Einigkeit betreffend die Forderung nach mehr Budgetmitteln für die Kohäsionspolitik sowie mehr Partnerschaft und erleichtertem Cross-Policy-Austausch.

### **Brexit:**

Im Rahmen der Debatte „Eine gemeinsame Zukunft aufbauen – Lehren aus dem Brexit“ mit Kommunal- und Regionalpolitikern der EU ging der Brexit-Chefunterhändler der EU Michel Barnier kaum auf die Rolle der Regionen und Städte bei der künftigen Politikgestaltung der EU zum Aufbau eines stärkeren Europas ein, vielmehr rief er zu einem Gesamtansatz auf. Er hielt abschließend fest, dass die Zukunft der EU davon geprägt sein werde, ob sich Mitgliedstaaten dafür entscheiden solidarisch oder solitär zu sein.

### **Subsidiarität:**

Im Panel zum Thema „Aktive Subsidiarität: Europa gemeinsam gestalten“, in dem auch HLH Kaiser vertreten war, wurde vorgebracht, dass die EU ihre Arbeitsweise verändern und sich einen inklusiven und aktiven Ansatz für ihren Beschlussfassungsprozess zu eigen machen muss. Den Regionen und Städten mehr Mitsprache bei der Entwicklung der EU einzuräumen, kann zu besseren Ergebnissen führen und die positive Wirkung der EU-Maßnahmen verstärken. Zu diesen Schlüssen kam die Taskforce für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, zu der der Europäische Ausschuss der Regionen 2018 einen entscheidenden Beitrag geleistet hat.

### **Bukarester Erklärung:**

Die im Rahmen des 8. Gipfel der Regionen und Städte verabschiedete Bukarester Erklärung „Die EU gemeinsam mit unseren Regionen und Städten von Grund auf erneuern“ spricht sich für die Stärkung der demokratischen Grundlagen der EU und die lokale Verankerung der EU-Maßnahmen für eine bessere Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger aus.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch HLH Kaiser, HLH a. D. Schausberger und FLTPin Vollath.

## **2.) 23. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 2. April 2019**

Die 23. Sitzung der FK SEDEC fand am 2. April 2019 in Brüssel unter dem Vorsitz von José Ignacio Cenicerós González (ES/EVP) statt. Von den österreichischen Mitgliedern waren HLH Kaiser und ich als ständige Vertreterin von HLH a.D. Schausberger anwesend.

- Stellungnahme-Entwurf „Eine nachhaltige Bioökonomie für Europa: Stärkung der Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt“ (CDR 6433/2018; Berichterstatter: Jácint Horváth HU/SPE)

Der Stellungnahme-Entwurf sieht im Ausbau der Bioökonomie ein außerordentlich großes Entwicklungspotenzial für Wachstum und Beschäftigung und weist darauf

hin, dass es sich nur dann nutzen lässt, wenn die regionalen und lokalen Akteure vor Ort eng zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Man ist der Überzeugung, dass die europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Bioökonomie-Initiativen unter Nutzung der positiven Auswirkungen der Multi-Level-Governance harmonisiert werden müssen, um so optimale Bedingungen für die Entwicklung der Bioökonomie in Europa zu schaffen. Der Entwurf unterstreicht das enorme Potenzial, das der Zeitraum 2021-2027 für die Entwicklung der Bioökonomie bietet. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sind von zentraler Bedeutung bei der Umsetzung der Kohäsionspolitik der EU und zahlreicher regionaler Strategien für intelligente Spezialisierung, die die Kofinanzierung von Programmen und Projekten zur Stärkung der Bioökonomie ermöglichen. Es wird außerdem festgestellt, dass die Kommission darüber hinaus vorschreibt, die Aktionspläne für die Bioökonomie ab 2021 auf der am besten geeigneten territorialen Ebene zu erstellen – was die Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erfordert –, wobei die Programme gemäß den Grundsätzen der Subsidiarität und der Multi-Level-Governance möglichst direkt gemeinsam mit den betreffenden Sektoren und Bürgern verwaltet werden sollen. Für eine nachhaltige, kreislauforientierte Bioökonomie müssen die Aktivitäten fest auf regionaler und lokaler Ebene verankert werden, da die Menschen vor Ort die in den Regionen vorhandenen Wertschöpfungsketten kennen. Die Stellungnahme begrüßt, dass die Kommission mit ihren Vorschlägen für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021-2027 beabsichtigt, wichtige Impulse zur Stärkung systemischer Forschung und Innovation in den von der Bioökonomie abgedeckten Bereichen und Sektoren zu geben, und hierzu insbesondere für das Cluster „Lebensmittel und natürliche Ressourcen“ des Rahmenprogramms Horizont Europa 10 Mrd. EUR vorgesehen hat. Sie bekräftigt außerdem die Bedeutung, die dem Programm „InvestEU“ als künftige Finanzierungsquelle für die Bioökonomie zukommen sollte und dringt deshalb darauf, dass die Bioökonomie auch weiterhin zu den im Rahmen des Programms „InvestEU“ finanzierten Bereichen gehört.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde einstimmig angenommen und stand anlässlich der Plenartagung im Juni 2019 zur Verabschiedung heran.

- Stellungnahme-Entwurf „Ausbau des Unterrichts der MINT- (und Kunst-)Fächer in der EU“ (CDR 6435/2018; Berichterstatter Csaba BORBOLY; RO/EVP)

Der Stellungnahme-Entwurf begrüßt, dass sich ein bedeutender Anteil der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in Europa ihrer erheblichen Möglichkeiten und Aufgaben im Hinblick darauf bewusst wird, einen kohärenten und integrierten Ansatz für den Unterricht in den MINT-Fächern, d. h. in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, festzulegen sowie die Fähigkeiten und Kompetenzen in diesen auf den verschiedenen Bildungsebenen weltweit immer stärker verbreiteten Fächern zu entwickeln. Er betont, dass sich für die hochinnovativen Wirtschaftszweige – etwa IKT, Robotik, Automatisierung, technische Forschung und Entwicklung, Logistik und verschiedene Ingenieurstätigkeiten – ein signifikantes weiteres Wirtschaftswachstum vorhersagen lässt, dieses jedoch durch eine unangemessene Verwirklichung des MINT-Unterrichts behindert werden

könnte. Der Entwurf stellt fest, dass im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und entsprechend dem Grundsatz der Multi-Level-Governance zu prüfen ist, wie die lokale und die regionale Ebene dazu beitragen können, die bei der Harmonisierung zwischen den Ausbildungen, Arbeitskräften und Arbeitsplätzen im MINT-Bereich bestehenden Mängel zu beheben. Es wird darauf hingewiesen, dass im Interesse der Subsidiarität und der Dezentralisierung in den Mitgliedstaaten klar gesehen werden muss, dass hierbei den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, welche die Schulen finanzieren oder das Bildungsnetz in anderer Form unterstützen, eine unbestreitbare Rolle zukommt, da sie von entscheidender Bedeutung für die Mobilisierung der EU-Mittel sind. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, bei der Bewertung der Einhaltung ihrer länderspezifischen kohäsionspolitischen Investitionsleitlinien für den Zeitraum 2021-2027 zu prüfen, ob die Mitgliedstaaten der Förderung von MINT-Initiativen die entsprechende Priorität einräumen und ob sie die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit die erforderlichen Investitionen aus den Fonds der Mitgliedstaaten oder der EU getätigt werden. Außerdem sei es höchste Zeit, dass die Europäische Kommission – neben den ambitionierten und begrüßenswerten Plänen für den europäischen Bildungsraum – es künftig als vorrangig ansieht, dafür zu sorgen, dass auch bei Erasmus, ESF+ und der direkten, nicht über die operationellen Programme der Mitgliedstaaten durchgeführten Planung die Voraussetzungen für die MINT-Fächer, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, gegeben sind.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde einstimmig angenommen und stand anlässlich der Plenartagung am 26./27. Juni 2019 zur Verabschiedung heran.

### **3.) 25. Sitzung der Fachkommission SEDEC am 30. September 2019**

Die 25. Sitzung der FK SEDEC fand am 30. September 2019 in Brüssel unter der Leitung der neu gewählten Vorsitzenden Tanya Hristova (EVP/BG) statt. Von den österreichischen Mitgliedern war ich als ständige Vertreterin von HLH a.D. Schausberger anwesend.

- Stellungnahme-Entwurf „Arbeit auf Plattformen – lokale und regionale regulatorische Herausforderungen“ (CDR 2655/2019; Berichterstatter Dimitrios Birmpas EL/SPE)

Der Berichterstatter betonte, dass das Ziel der Kommission das nachhaltige Wirtschaften der Plattformen ist. Die Digitalisierung führt zu neuen Gegebenheiten und der Änderung der Arbeitswelt und des Alltages der Bürger. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung müssen die Probleme kohärent angegangen werden. Derzeit gibt es eine „Grauzone“ im Bereich der digitalen Plattformen. Durch die Digitalisierung wurden neue Formen der Beschäftigung geschaffen. Der AdR ist auf einer Linie mit der Kommission und setzt sich für die Umsetzung der sozialen Rechte ein. Dies ist eine große Herausforderung im Rahmen der neuen Beschäftigungsverhältnisse. Man muss darauf achten, dass Beschäftigte bei der sich

abzeichnenden Veränderung der Arbeitswelt nicht durch das soziale Netz fallen. Die Sozialpartner werden hierbei eine große Rolle spielen.

Die Vertreterin der Kommission berichtet, dass sich die Arbeit auf Plattformen weiter ausbreitet und an Bedeutung zunimmt. 1,4 % der Bevölkerung verdienen ihr Geld im Bereich der Plattformarbeit. 11 % der Bevölkerung waren irgendwann einmal auf Plattformen tätig. Es entsteht im Zusammenhang mit der Plattformarbeit die Chance, zusätzliches Geld zu verdienen. Plattformarbeit fördert allerdings auch Scheinselbständigkeit und somit kann der richtige Beschäftigungsstatus unterwandert werden. Weitere Probleme gibt es im Bereich der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen und des sozialen Schutzes. Die Sozialpartner sind für die Plattformarbeit wichtig (z. B. bei Tarifverhandlungen), derzeit sind Plattformarbeiter allerdings gewerkschaftlich zumeist nicht vertreten. Es gibt unterschiedliche Ansichtsweisen, in abgelegenen Gebieten ist die Plattformarbeit eine Chance. Auch wettbewerbsrechtlich gibt es Probleme, jedoch kann die Kommission noch nichts Definitives dazu sagen. Die designierte Kommissionspräsidentin Von der Leyen hat die Plattformarbeit in ihr Programm aufgenommen.

Der Stellungnahme-Entwurf wurde mehrheitlich angenommen und stand in der Plenartagung am 4./5. Dezember 2019 zur Verabschiedung heran.

Des Weiteren durfte ich im Rahmen dieser Fachkommission ein Best Practice-Beispiel zu „Bewährte Verfahren im Kulturbereich aus dem Land Salzburg“ präsentieren: Das Projekt APAP. APAP (Advancing Performing Arts Project - Projekt für die Förderung darstellender Kunst) ist ein internationales Künstlernetzwerk. Es wurde im Jahr 2000 ins Leben gerufen und hat seitdem Programme mit Unterstützung der EU implementiert. Momentan arbeiten elf Organisationen aus ganz Europa mit mehr als 40 Künstlerinnen und Künstlern über einen Zeitraum von vier Jahren zusammen. Schwerpunkt sind künstlerische Aktivitäten in Tanz, Performance und Theater, in welche die Sichtweisen verschiedener Regionen miteinfließen. Ich hob hervor, dass das Projekt zeigt, dass Kunst und Kultur Motor für Europa sein kann. Wir bringen dabei die EU zusammen und beleben den europäischen Gedanken. Kultur kann Europa mehr zusammenwachsen lassen. Diese Rolle besteht bereits aus der EU-Vorzeit in Form der Salzburger Festspiele. Die Unterstützung durch EU-Gelder hat insbesondere den Vorteil, diese zeitgenössische Kultur auch in ländliche Regionen zu bringen. Abschließend unterstrich ich, dass ein Thema des Ausschusses der Regionen auch sein muss, für den Bürokratieabbau einzutreten. Es sei vor allem für kleine Institutionen ein enormer Aufwand Mittel zu beantragen, da die Anforderungen bei der Einreichung und dem Verwendungsnachweis kaum zu bewältigen seien.

#### **4.) 136. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 7./8./9. Oktober 2019**

An der 136. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLH Platter (Delegationsleiter), HLH Kaiser, HLR Eichinger, FLRin Eibinger-Miedl, HLR Achleitner, HBgm Stadler, HBgm Wagner, HGR Weninger und HGR und LAbg. Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Empfehlungen zur Erarbeitung wirksamer regionaler Entwicklungsstrategien über 2020 hinaus (CDR 0644/2019)
- Bessere Kommunikation der Kohäsionspolitik (CDR 0645/2019)
- Der Beitrag des AdR zur erneuerten territorialen Agenda mit besonderer Betonung der von der örtlichen Bevölkerung betriebenen Maßnahmen zur lokalen Entwicklung (CDR 1897/2019)
- Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030: Follow-up zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, zur Ökowende und zum Klimaschutzübereinkommen von Paris (CDR 0965/2019)
- Umsetzung des Pakets „Saubere Energie“: die integrierten nationalen Energie- und Klimapläne als Instrument für einen lokalen und regionalen Governance-Ansatz bei Klimaschutz sowie aktiver und passiver Energienutzung (CDR 0618/2019)
- Entschließung zu den Entwicklungen in den interinstitutionellen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (CDR 3887/2019)
- Der Beitrag der Regionen und Städte zur Aufstellung eines neuen politischen Rahmens der EU für KMU (CDR 2041/2019)
- Bericht zur Umsetzung der Vergaberichtlinien (CDR 1136/2019)
- Bessere Rechtsetzung: Wir ziehen Bilanz und erneuern unser Engagement (CDR 2579/2019)
- Aktiv und gesund im Alter (CDR 0015/2019)
- Entschließung zum Europäischen Semester 2019 mit Blick auf den Jahreswachstumsbericht 2020 (CDR 3856/2019)
- Sozioökonomische Transformation von Kohleregionen in Europa (CDR 6337/2018)
- Afrikanische Schweinepest und der Schweinefleischmarkt in der EU (CDR 0947/2019)
- Pastoralismus (CDR 0145/2019)
- Forschungsinfrastrukturen – die Zukunft des Europäischen Forschungsraums (EFR) aus regionaler und grenzüberschreitender Sicht (CDR 0896/2019)
- Umsetzung des Übereinkommens von Paris durch eine innovative und nachhaltige Energiewende auf regionaler und lokaler Ebene (CDR 0617/2019)
- Intelligente Städte: neue Herausforderungen für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität – Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in der Praxis (CDR 2974/2019)
- Digitales Europa für alle: intelligente und inklusive Lösungen vor Ort (CDR 3332/2019)

Es wurden anlässlich der 136. Plenartagung von der österreichischen Delegation fünf Änderungsanträge eingebracht, zwei zur Stellungnahme „Umsetzung des Pakets Saubere Energie“, einer zur Stellungnahme „Afrikanische Schweinepest und der Schweinefleischmarkt in der EU und zwei zur Stellungnahme „Umsetzung des Übereinkommens von Paris durch eine innovative und nachhaltige Energiewende auf regionaler und lokaler Ebene“. Betreffend die erste Stellungnahme wurde ein

Änderungsantrag abgelehnt und einer durch einen Änderungsantrag des Berichterstatters konsumiert. Im Zusammenhang mit der zweiten Stellungnahme wurde der Änderungsantrag angenommen und bezüglich der dritten wurde ein Änderungsantrag angenommen und einer durch einen Änderungsantrag des Berichterstatters konsumiert.

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch HLR Eichtinger zur Debatte zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen und mich zum Tagesordnungspunkt „Für lokale und regionale Gebietskörperschaften relevante Angelegenheiten“ und zur Stellungnahme „Pastoralismus“. Zu Ersterem führte ich namens der österreichischen Delegation aus, dass grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen grundlegend sind. Das TEN-V-System verfolgt insbesondere das Ziel, alle Regionen Europas mit einem leistungsfähigen Verkehrsnetzwerk zu verbinden. Das Land Salzburg macht sich gemeinsam mit den Ländern Oberösterreich, Kärnten und Steiermark dafür stark, die Tauern-Pyhrn/Schober-Schienenachse in das TEN-V-Kernnetz als weiteren Kernnetzkorridor aufzunehmen, um im ostalpinen Bereich eine direkte alpenquerende Kernnetzverbindung zwischen dem Südosten Europas und den Zentralräumen der EU zu schaffen. Aufgrund einer für 2023 in Aussicht genommenen Neubewertung des TEN-V-Netzes ist jetzt der richtige Zeitpunkt, dieses auch im Arbeitsprogramm der Salzburger Landesregierung enthaltene Anliegen in Erinnerung zu rufen. Betreffend die Stellungnahme „Pastoralismus“ führte ich aus, dass diese insbesondere für Salzburg von großer Bedeutung ist. Alpenregionen haben spezifische territoriale Bedingungen, die besondere Lösungen benötigen. Die Möglichkeit verschiedene Zugänge zu Problemlösungen zu etablieren anstatt eines „One size fits all“-Ansatzes ist zentral. Dies gilt insbesondere auch bei der Gefahr vor großen Raubtieren. Ich sprach mich für ein differenziertes Vorgehen zu Fragestellungen und Lösungen aus, die individuelle Maßnahmen für jede Region ermöglichen. Dafür ist auch die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament notwendig.

#### **5.) 137. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 4./5. Dezember 2019**

An der 137. Plenartagung nahmen als österreichische AdR-Mitglieder HLR Illedits (Delegationsleiter), HLH Kaiser, HLH a. D. Schausberger, HLTP Sonderegger, FLTPin Ledl-Rossmann, HBgm Stadler, HBgm Wagner, FVBgmin Kiefer, HGR Weninger, HRG & LAbg. Florianschütz und ich teil.

Nachfolgende Stellungnahmen wurden verabschiedet:

- Die Herausforderungen für die Metropolregionen und ihre Position in der künftigen Kohäsionspolitik nach 2020 (CDR 1896/2019)
- Makroregionale Strategie für die Karpaten (CDR 3425/2019)
- Der potenzielle Beitrag des Eisenbahnsektors zur Verwirklichung der politischen Prioritäten der EU (CDR 1939/2019)
- Verbesserung der Verwaltungskapazitäten der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Stärkung von Investitionen und Strukturreformen 2021-2027 (CDR 2043/2019)
- Entwurf des Verhaltenskodexes für die Mitglieder des AdR (CDR 4970/2019)

- Entwurf einer Entschließung zum Thema: „Der grüne Deal in Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften“ (CDR 4351/2019)
- Der Konvent der Bürgermeister nach 2020 (CDR 1804/2019)
- Arbeit auf digitalen Plattformen - Regulierungsfragen aus lokaler und regionaler Sicht (CDR 2655/2019)
- Ein europäischer Rahmen für die Regulierung der kollaborativen Wirtschaft (CDR 1951/2019)
- Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gestaltung der künftigen Östlichen Partnerschaft (CDR 3731/2019)
- Aktionsplan gegen Desinformation (CDR 1053/2019)
- Bericht über die Wettbewerbspolitik 2018 (CDR 3686/2019)

Die österreichische Delegation hatte 18 Änderungsanträge eingebracht: 2 zur Stellungnahme „Herausforderungen für Metropolregionen“ (1 angenommen, 1 konsumiert), 8 Änderungsanträge zur Stellungnahme „Ad-hoc-Kommission zur Revision der Geschäftsordnung“ (6 angenommen, 2 abgelehnt, jedoch Stellungnahme als Ganzes abgelehnt), 3 Änderungsanträge zur Stellungnahme „Entwurf des Verhaltenskodexes für die Mitglieder des AdR“ (1 angenommen, 1 zurückgezogen, 1 abgelehnt) und 5 Änderungsanträge zur Stellungnahme „Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gestaltung der künftigen Östlichen Partnerschaft“ (3 angenommen, 1 abgelehnt, 1 konsumiert).

Österreichische Wortmeldungen erfolgten durch LTPin Ledl-Rossmann zur Stellungnahme „Der potenzielle Beitrag des Eisenbahnsektors zur Verwirklichung der politischen Prioritäten der EU“ sowie zur Debatte über die soziale Säule Europas durch HLH Kaiser und HLR Illedits.

\*\*\*\*\*

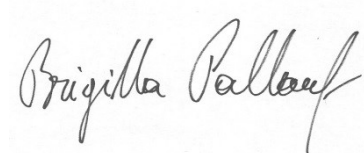
Die zitierten Dokumente können unter dem Link

<https://dmsearch.cor.europa.eu/search/public>

(Bereich „Document number“) mittels Eingabe der ersten 4 Ziffern der bei der jeweiligen Stellungnahme angegebenen CDR-Nummer (z.B. CDR 6940/2016) abgerufen werden.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Brigitta Pallauf  
Präsidentin des Salzburger Landtages

Durchschrift ergeht zur Information an:  
Herrn Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer